

Anmerkung: Die schriftlichen Antworten sind wörtlich wiedergegeben. Die Reihenfolge in der Tabelle von links nach rechts bezieht sich auf den Zeitpunkt, zu dem die Antworten eingegangen sind (also ML hat am frühesten geantwortet usw.)

Die gestellten Fragen	Mannheimer Liste	FDP	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen
<p>1) Barrierefreie Mobilität 1a) Haltestellen Die Straßenbahnhaltestellen Planken, Rathaus, Fernmeldeturm und Hauptfriedhof sind prioritär barrierefrei herzustellen. Digitale Anzeige mit Sprachausgabe auf Anforderung wird an jeder Haltestelle installiert. Jede Haltestelle erhält ein überdachtes Wartehäuschen und eine Sitzbank mit Rücken- und Armlehne.</p>	Ja (die ML hat durchgängig alle Fragen mit Ja beantwortet)	Alle Haltestellen des ÖPNV sind barrierefrei zu gestalten. Das kann nur schrittweise erfolgen. Alle neu gebauten und umgebauten Haltestellen wurden in den letzten Jahren bereits barrierefrei gestaltet – leider oft ohne Sprachausgabe. Hier ist nachzurüsten. Für die bestehenden, noch nicht barrierefreien Haltestellen ist eine Prioritätenliste in Zusammenarbeit mit den Betroffenen und deren Verbänden zu erstellen und abzarbeiten.	Ja, aber das fällt in den Bereich des Verkehrsverbundes. Da haben wir nur bedingt Einfluss darauf.	Ja	Ja
<p>1b) Fahrzeuge (Busse, Bahnen, S-Bahn) Behindertenverbände werden bei Neuanschaffungen von Fahrzeugen im Bereich des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar bereits in der Ausschreibungsphase von den zuständigen Verkehrsbetrieben angehört und einbezogen (Abstimmung über ein barrierefreies Anforderungsprofil)</p>	Ja	Ja	Ja. Wir unterstützen die Forderung, die Verbände frühzeitig zu beteiligen.	Ja	Ja, aber für den RNV nicht allein von Mannheim aus zu erreichen.

Die gestellten Fragen	Mannheimer Liste	FDP	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen
<p>1c) Bordsteine und Blindensignalanlagen Die Verwaltung stellt den Behindertenverbänden und weiteren Interessierten eine Liste von Kreuzungen und wichtigen Straßenquerungsbereichen zur Verfügung, die noch nicht nach jeweils geltender DIN hergestellt sind. Es wird eine städtische Stelle mit Kontaktdaten benannt, an die sich Betroffene mit ihren Vorschlägen wenden können.</p>	Ja	auch der barrierefreie Umbau von Straßenkreuzungen ist eine Daueraufgabe, die nur schrittweise verwirklicht werden kann. Die Komplettierung von Mobilitätsketten an wichtigen Straßenquerungen ist die bei jeder Baumaßnahme konsequent umzusetzen. Information der Verbände und einen Ansprechpartner in der Verwaltung sind die Basis der Zusammenarbeit.	Ja. Wir haben bei den letzten Haushaltsberatungen die Verwaltung beauftragt, alsbald ein Konzept mit einer Prioritätenliste in Zusammenarbeit mit dem Badischen Sehbehinderten- und Blindenverein zu erarbeiten, wie Straßenübergänge barrierefrei eingerichtet werden können. Um die Prioritätenliste abzuarbeiten, sollen jährlich 50.000 Euro verwendet werden, die für den Umbau von Lichtsignalanlagen im Haushalt bereits zur Verfügung stehen.	Ja	Ja
<p>1d) Behindertenfahrdienst für Schwerstgehbehinderte Die Stadt Mannheim wird aufgefordert sicherzustellen, dass die Anbieter von Fahrdiensten Rollstuhlsitztransporte für schwerstgehbehinderte Menschen zu den gleichen Zeiten wie im öffentlichen</p>	Ja	Ja, allerdings eine Kostenfrage	Ja. Aber es ist für die Anbieter dieser Fahrten schwierig, Personal auf Abruf bereit zu halten. Das Thema haben wir seit längerem auf unserer Tagesordnung	Ja	Ja

Die gestellten Fragen	Mannheimer Liste	FDP	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen
<p>Nahverkehr zur Verfügung stellen. Die Vorbestellzeiten sind erheblich zu reduzieren, eine durchgehende Erreichbarkeit auch an Wochenenden und feiertags ist seitens der Fahrdienstleister zu garantieren.</p>			<p>und wir werden dran bleiben, um eine Lösung zu finden.</p>		
<p>2) Bauen und Wohnen 2a) Umsetzung Barrierefreiheit bei Neubauten, Umbauten und Sanierungen Die geltenden Bestimmungen der DIN und die Landesbauordnung sind Standard bei künftigen baulichen Maßnahmen und werden strikt umgesetzt. Die jeweilige Genehmigungsbehörde kontrolliert vor Abschluß der jeweiligen Maßnahme deren barrierefreie Umsetzung. Dazu sind Behindertenverbände wie die AG Barrierefreiheit und der Badische Blinden- und Sehbehindertenverein sowie der Beauftragte für Menschen mit Behinderung beratend hinzuzuziehen. Widerspricht einer der Verbände oder der Behindertenbeauftragte, so wird keine Abnahme erteilt. Die bis in die jüngste Vergangenheit im Bereich wichtiger öffentlicher Gebäude, aber auch in der Gastronomie erteilten Ausnahmegenehmigungen gehören</p>	<p>Ja</p>	<p>die gesetzlichen Bestimmungen sind uneingeschränkt einzuhalten. Die gängige Praxis der Ausnahmeregelungen muss stark eingegrenzt werden. Rein ästhetische Einwände v.a. im Denkmalschutz sind kein hinreichender Grund zur generellen Ausnahme. Frühe Einbeziehung der Verbände sollte selbstverständlich sein, ein absolutes Vetorecht bei der Abnahme sehen wir rechtlich kritisch. Anregungen und Einwände sollten in einem frühen Stadium der Planung eingebracht und angenommen werden.</p>	<p>Ja. Grundsätzlich müssen alle Beteiligten einbezogen werden. Nach unserem Willen soll es keine Ausnahmen mehr geben.</p>	<p>Ja</p>	<p>Ja</p>

Die gestellten Fragen	Mannheimer Liste	FDP	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen
somit der Vergangenheit an.					
<p>2b) Förderprogramm zum Barrierefreien Umbau von Wohnungen Für Mietwohnungen, für vom Vermieter selbstgenutzte Wohnungen sowie für genossenschaftliche Wohnungen wird ein kommunales Förderprogramm zum barrierefreien Umbau auf Zuschussbasis beschlossen. Es orientiert sich an dem von der Stadt Heidelberg im Jahr 2013 verabschiedeten Konzept (www.heidelberg.de/foerderprogramm).</p>	Ja	ein kommunales Förderprogramm auf Zuschussbasis, d.h. Steuermittel zur Wertsteigerung von Privateigentum sehen wir auf kommunaler Ebene skeptisch. Es existieren entsprechende Programme auf Landes- und Bundesebene, vor allem die KfW bietet unterschiedliche Fördermodelle an. Kommunale Mittel sollten besser zum barrierefreien Bau und Umbau von öffentlichen Gebäuden und öffentlichem Raum eingesetzt werden.	Ja, das Thema werden wir erneut auf die Tagesordnung nehmen.	Ja	Ja
<p>2c) Zentrale Beratungsstelle für barrierefreien und bezahlbaren Wohnraum Die Verwaltung wird beauftragt, unter Einbeziehung und Federführung des städtischen Behindertenbeauftragten und in Zusammenarbeit mit den Behindertenverbänden sowie den wohnungspolitischen Akteuren ein Konzept für eine solche Beratungsstelle vorzulegen. Teil einer solchen Beratungsstelle soll eine internetbasierte Wohnungsbörse für barrierefreie und barrierearme</p>	Ja	eine Beratungsstelle ist sinnvoll. Zu prüfen ist, ob diese zentral beim Behindertenbeauftragten oder an anderer Stelle oder besser dezentral und damit leichter erreichbar angesiedelt werden soll.	Ja. Die SPD hat bereits zu den Haushaltsberatungen 2012 eine entsprechende Stelle beantragt. Derzeit gibt es Beratungsmöglichkeiten bei Fachbereich Arbeit und Soziales sowie im Fachbereich Städtebau. Eine zentrale Stelle wurde damals abgelehnt, weil es noch	Ja, aber der Behindertenbeauftragte sollte direkt dem OB unterstehen und unabhängig agieren können.... DIE LINKE fordert im übrigen ein „Bürgerbüro Wohnen“, welches genau diese	Ja, aber der Kreis der Einzubeziehenden ist m. E. größer

Die gestellten Fragen	Mannheimer Liste	FDP	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen
<p>Wohnungen sein. Die Beratungsstelle ist so auszustatten, dass sie über ausreichend behinderten- und wohnungspolitische Kompetenz verfügt und soll beim Behindertenbeauftragten angesiedelt sein. Die Stadt stellt entsprechende zusätzliche personelle Ressourcen zur Verfügung.</p>			<p>nicht genug barrierefreien Wohnraum gab. Wir werden das Anliegen aber erneut aufgreifen.</p>	<p>Kompetenzen haben sollte, darüber hinaus die Wohnberechtigungsscheine ausstellt, bei der Wohnungssuche generell behilflich ist und auch eine Tauschbörse zwischen schrumpfenden und wachsenden Familien anbietet (Optimierung der Wohnungsgrößen nach den sich wandelnden individuellen Bedürfnissen).</p>	
<p>2d) Ambulant vor Stationär Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept auszuarbeiten, das den Grundsatz „Ambulant vor Stationär“ im Wohnbereich fördert. Dabei soll dem</p>	Ja	ja, ein vielfältiges Angebot, passgenau auf die jeweilige persönlichen Bedürfnisse sind notwendig, um ein möglichst selbstbestimmtes Leben zu	Ja	Ja	Ja

Die gestellten Fragen	Mannheimer Liste	FDP	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen
Aspekt selbstbestimmten barrierefreien Wohnens besondere Beachtung geschenkt werden. Der Ausbau betreuten Wohnens außerhalb von Einrichtungen sollte ebenfalls Zielsetzung sein. Seitens der Stadt oder durch Dritte muss sichergestellt sein, dass Betroffene eine kompetente und unabhängige Beratung zur Inanspruchnahme eines Persönlichen Budgets erhalten.		gewährleisten. Die FDP sieht in der Ausweitung des persönlichen Budgets eine große Chance für mehr Selbstbestimmung, wenn gleichzeitig unabhängige Beratung sichergestellt ist.			
3) Wahlveranstaltungen und Wahldurchführung 3a) Wahllokale Die Kommunal- und Europawahlen werden in barrierefreien Wahllokalen durchgeführt. Für Menschen mit Sinneseinschränkungen muss die Wahl mit geeigneten Mitteln ermöglicht werden. Behördliche Informationen in Wahllokalen werden auch in einfacher Sprache bereit gehalten.	Ja	nicht jedes Wahllokal muss barrierefrei sein, doch barrierefreie Wahllokale müssen in jedem Stadtteil vorgehalten werden und leicht erreichbar sein. Informationen in leichter Sprache sollten vorhanden sein.	Ja. Allerdings sind wir da noch lange nicht soweit wie wir sein könnten.	Ja	Ja, aber für die Wahlen am 25.05.2014 wohl leider nicht vollumfänglich umzusetzen
3b) Wahlveranstaltungen Die von den politischen Parteien organisierten Wahlveranstaltungen werden in barrierefreien Räumlichkeiten (stufenlos oder mit Aufzug) durchgeführt. Bei Ankündigungen in den Medien wird darauf hingewiesen, wenn ein Veranstaltungsort diesen Anforderungen nicht genügt. Auf	Ja	Wahlveranstaltungen sind private Veranstaltungen. Die Barrierefreiheit ist wünschenswert, doch liegt sie in der Verantwortung und Abwägung des Veranstalters. Eine gesetzliche Vorgabe ist nicht angebracht.	Ja, aber es hängt von den Möglichkeiten ab, freie, zentrale und bezahlbare Räume zu finden.	Ja, aber es ist zu berücksichtigen, dass die Stadt nicht für das Verhalten der politischen Parteien verantwortlich ist. Außerdem	Ja, aber 1. für die Wahlen 2014 nicht mehr vollumfänglich umzusetzen 2. Dolmetscher-Kosten überfordern

Die gestellten Fragen	Mannheimer Liste	FDP	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen
<p>Wunsch werden Gebärdensprachdolmetscher bereit gehalten.</p>				<p>darf sich die Teilhabe nicht nur auf Wahlveranstaltu- ngen der Parteien beschränken. Während der Wahlkämpfe darf die Stadt eigene Räumlichkeiten wegen der Neutralitätsverp- flichtung nicht zur Verfügung stellen. Dadurch ist das knappe Angebot barrierefreier Veranstaltungs- räume nochmals weiter eingeschränkt. Es gibt kaum welche! Wenn es um neue und barrierefreie Versammlungsr- äume geht,</p>	<p>kleine Fraktionen und Parteien</p>

Die gestellten Fragen	Mannheimer Liste	FDP	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen
				sollte die Stadt die Einrichtung solcher Räume ausdrücklich unterstützen (siehe Auseinandersetzung um einen solchen Raum auf T4/T5). Das alte Casino auf Turley wird barrierefrei ausgestattet. Weitere Räumlichkeiten auf den Konversionsflächen müssen folgen.	
3c) Barrierefreie Informationen Die Parteien sorgen dafür, dass Informationen in elektronischen und in Printmedien barrierefrei gestaltet werden.	Ja	die Parteien sollten dies anstreben, ein Zwang ist hier ebenso wenig angebracht wie in Vereinen allgemein. Hier besteht noch enormer Aufklärungsbedarf – und die finanzielle Möglichkeit einer solchen Gestaltung.	Ja, einige Stadträtinnen und Stadträte (z. B. Marianne Bade) haben eine barrierefreie Homepage.	Ja	Ja, aber wirklicher Einfluss besteht rein auf die parteieigenen Medien
4) Inklusion in Schulen und Kindertageseinrichtungen 4a) Artikel 24 der UN-Konvention	Ja	ermöglichen eindeutig ja, es muss allerdings auch das Angebot an Sonderschulen und	Ja	Ja	Ja

Die gestellten Fragen	Mannheimer Liste	FDP	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen
Entsprechend Artikel 24 der UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen wird behinderten Kindern und nichtbehinderten Kindern der gemeinsame Besuch von Kindergärten, Schulen und Berufsausbildungsinstitutionen ermöglicht. Die Stadt fördert diesen Prozess aktiv.		–einrichtungen erhalten bleiben, um die individuell beste Lösung für jedes behinderte Kind und Jugendlichen anbieten zu können			
4b) Inklusion und Barrierefreiheit Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept zum barrierefreien Umbau von Schulen, Kindertageseinrichtungen und Berufsausbildungsinstitutionen vorzulegen.	Ja	nicht jede Einrichtung wird aus baulichen und finanziellen Gründen barrierefrei umgebaut werden können. Ziel sollte jedoch sein, über die Stadt verteilt ein barrierefreies Angebot über alle Formen von Kinderbetreuungseinrichtungen, Schulen, Berufsausbildungseinrichtungen umzusetzen. Ein Konzept sollte eine Priorisierung enthalten.	Ja	Ja	Ja, aber klar ist schon jetzt, dass jeder Um- oder Neubau barrierefrei erfolgen muss
4c) Inklusion gibt es nicht umsonst Es wird ausreichend Sonderpädagogisches Personal und Betreuungspersonal in Regeleinrichtungen zusätzlich zur Verfügung gestellt.	Ja	diese Gemeinschaftsaufgabe kann die Kommune nur unter Beteiligung von Land und Bund umsetzen.	Ja, aber es ist erforderlich, dass Bund und Land den Kommunen dafür mehr Geld zur Verfügung stellen.	Ja, aber die Finanzierung dafür sollte über den Bund erfolgen.	Ja, aber die personellen Ressourcen sind nur mittelbar von den Kommunen an den Schulen zu steuern; im Vorschulbereich

Die gestellten Fragen	Mannheimer Liste	FDP	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen
					aber sehr wohl!
<p>5) Freizeit, Kultur und Infrastruktur 5a) Öffentliche Behindertentoiletten In jedem Stadtteil ist mindestens eine barrierefreie öffentliche Behindertentoilette vorzuhalten. Eine solche Toilette ist ausschließlich mit dem sog. EURO-Schlüssel für berechnigte Menschen mit Behinderung nutzbar und ist rund-um-die Uhr zugänglich. Die Verwaltung wird beauftragt, ein entsprechendes Konzept vorzulegen, in dem auch eine zeitliche Perspektive angegeben ist.</p>	Ja	ja, es muss in jedem Stadtteil ein barrierefreie Toilette öffentlich zugänglich sein. Dies kann allerdings auch in Kooperation mit einem privaten Partner (Hotels, Gaststätten, Kaufhäuser) umgesetzt werden.	Ja, aber es gibt auch die „französischen Toiletten“, die barrierefrei sind. Auch diese können für uns eine Lösung sein.	Ja	Ja
<p>5b) Bürgerdienste Die Verwaltung wird aufgefordert, ein Konzept zur barrierefreien Herstellung der noch nicht behindertengerechten Bürgerdienste vorzulegen. Der barrierefreie Umbau bestehender bzw. der Umzug nicht sanierungsfähiger Bürgerdienste in barrierefreie Räumlichkeiten wird innerhalb der nächsten Legislaturperiode realisiert.</p>	Ja	gerade Bürgerdienste müssen für jeden erreichbar und nutzbar sein	Ja auch hier wird jeder Bürgerdienst umgebaut, jedoch kann man nicht versprechen, dass es für alle in der kommenden Legislaturperiode eine Lösung gibt.	Ja	Ja, aber realistisch wird die Umsetzung länger als 5 Jahre dauern
<p>5c) Kulturveranstaltungen und Feste aller Art Der Gemeinderat fordert die Organisatoren von Stadtfesten und von kulturellen Veranstaltungen dazu auf, sicherzustellen, dass auch Menschen mit Behinderung daran teilhaben können</p>	Ja	Veranstaltungen der Stadt, städtischer Gesellschaften und städtischer Einrichtungen stehen besonders in Verantwortung, für die Teilhabe von Menschen mit Behinderung Sorge zu tragen.	Ja	Ja	Ja

Die gestellten Fragen	Mannheimer Liste	FDP	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen
(Zugänglichkeit, Vorhaltung barrierefreier Sanitäranlagen). Dies gilt insbesondere für solche Ereignisse, an denen die Stadt direkt oder indirekt selbst beteiligt ist.					
5d) Ankündigen von Ereignissen und Veranstaltungen Die Organisatoren weisen bei Veranstaltungen und in ihrer Öffentlichkeitsarbeit generell darauf hin, wenn die jeweilige Veranstaltung von Menschen mit Behinderung nicht in der gleichen Weise wie von nicht-gehandicapten Menschen besucht werden kann. Dabei ist der Grund anzugeben.	Ja	eine Vorgabe für Veranstaltungen der Stadt, städtischer Gesellschaft und städtischer Einrichtung ist angebracht. Aufklärung sensibilisiert private Veranstalter.	Ja, wir unterstützen die Forderung, die Veranstalter darauf hinzuweisen. Die Umsetzung muss allerdings auf freiwilliger Basis erfolgen.	Ja	Ja
6) Arbeit 6a) Aktive Rolle der Stadt Die Stadt setzt sich aktiv dafür ein, die Integration behinderter Menschen in den allgemeinen Arbeitsmarkt stärker zu fördern.	Ja	ja, die Kooperation von Arbeitsagentur und Jobcenter leistet hier schon gute Arbeit ebenso wie das große Engagement der freien Träger	Ja. Um das Thema voranzubringen, hat die SPD 2011 eine Tagung zum Thema „Behinderte und erster Arbeitsmarkt“ durchgeführt. Hier ist die Stadt vor allem mit individueller Beratung und Betreuung aktiv.	Ja	Ja
6b) Erster Arbeitsmarkt und Fördermittel Um von einem Perspektivenwechsel	Ja	wir begrüßen die angekündigte Kostenübernahme der Eingliederungshilfe durch den	Ja, aber dazu ist Unterstützung vom Bund notwendig.	Ja	Ja

Die gestellten Fragen	Mannheimer Liste	FDP	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen
sprechen zu können, muss sichergestellt werden, dass höhere Mittel zur Verfügung gestellt werden, um dauerhaft Arbeitsplätze auf dem Ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderung zu fördern.		Bund und hoffen, dass diese Entlastung zeitnah in der Kommune ankommt. Auf die Höhe der Eingliederungshilfe hat die Kommune kaum Einfluss.			
7) Gemeinderat 7a) Jedes Gemeinderatsmitglied erhält ein Exemplar des Aktionsplans „Mannheim – Auf dem Weg zur behindertenfreundlichen Stadt“.	Ja	Ja	Ja	Ja, aber den haben die Stadträte bereits...	Ja
7b) Der Oberbürgermeister lädt einmal jährlich zu einer gemeinderätlichen Sitzung ein, auf der über den Stand der Umsetzung des Aktionsplanes in Verwaltung und Gemeinderat beraten wird.	Ja	der Gemeinderat arbeitet arbeitsteilig, sinnvoller ist eine entsprechende regelmäßige Befassung im Fachausschuss	Ja, aber das muss nicht unbedingt eine Gemeinderatssitzung sein. Möglicherweise ist auch eine andere Veranstaltungsform sinnvoll.	Ja	Ja
7c) Der Oberbürgermeister lädt dazu Personen, Gruppen und Organisationen ein, die in der Behindertenpolitik aktiv sind.	Ja	die Sitzung der Fachausschüsse und des Gemeinderats sind öffentlich, Akteure in der Behindertenpolitik nehmen als Sachkundige Bürger oder Institution an jedem Fachausschuss teil. Zu Einzelthemen sind gemeinsame Arbeitskreise, Runde Tische usw. schon heute eingerichtet.	Ja, aber das liegt im Ermessen des Oberbürgermeisters.	Ja	Ja
7d) Der Beauftragte für Menschen mit Behinderung wird an zentraler Stelle in	Ja	Ja	Ja, aber das liegt in der Personalhoheit des Oberbürgermeisters.	Ja	Ja

Die gestellten Fragen	Mannheimer Liste	FDP	SPD	Die Linke	Bündnis 90/ Die Grünen
der Stadtverwaltung angegliedert.			Die SPD setzt hier auch auf ein Vielfaltsmanagement, das soziale Vielfalt berücksichtigt und konstruktiv nutzt. Sie hat deshalb bei den letzten Haushaltsberatungen beantragt, ein Konzept für eine zentrale Position einzurichten, die u. a. die Stelle einer/eines Behindertenbeauftragten und einer/eines Integrationsbeauftragten miteinbezieht.		